

# 1. »Kohäsionskrisen« - Aufregung als Massenversuch

In den westlichen Industrienationen wird Aufregung als Massenversuch betrieben, wie sich in Anspielung auf ein berühmtes Kapitel der *Dialektik der Aufklärung* sagen läßt. Jedenfalls gehört es seit einiger Zeit beinahe zum guten Ton, der Gesellschaft soziale Desintegration zu attestieren und vor der Gefahr ihres Zerbrechens zu warnen. Bei kulturkritischen Einlassungen mag das unabdingbar sein, aber auch sozialwissenschaftliche Analysen und Kommentare bekräftigen das Bedrohungsgefühl,<sup>1</sup> obwohl es durch keine der mittlerweile auf breiter Basis durchgeführten empirischen Studien Bestätigung findet.<sup>2</sup> Offensichtlich bedarf es empirischer Überprüfung hier gar nicht, weil die Desintegrationsdiagnose geradezu *more geometrico* entwickelt wird:

»Je mehr Freiheit, desto weniger Gleichheit; - je weniger Gleichheit, desto mehr Konkurrenz; - je mehr Konkurrenz, desto weniger Solidarität; - je weniger Solidarität, desto mehr Vereinzelung; - je mehr Vereinzelung, desto weniger soziale Einbindung; - je weniger soziale Einbindung, desto mehr rücksichtslose Durchsetzung.«<sup>3</sup>

Dies führe, so der Befund Wilhelm Heitmeyers, zu »Kohäsionskrisen«.<sup>4</sup> *Desintegration* werde dadurch »zu einem Schlüsselbegriff zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklungen avancieren«,<sup>5</sup> als deren Fluchtpunkt paradoxerweise das Verschwinden der Gesellschaft in Aussicht gestellt wird. Denn »*Inkonsistenz*«, »*Asymmetrie*« sowie »*Konkurrenz*« würden »zum zentralen Motor von Desintegration und damit der Auflösung des Sozialen«.<sup>6</sup> Eine zentrale Rolle in diesen

---

<sup>1</sup> Vgl., stellvertretend für viele, Axel Honneth: Desintegration. Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose, Frankfurt/M. 1995; Christian Meier: »Die Gesellschaft bricht in Stücke«. Spiegel-Gespräch, in: Der Spiegel, Nr. 41/1997, S. 100-107.

<sup>2</sup> Vgl. Peter L. Berger (Hg.): Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikte und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften. Ein Bericht der Bertelsmann Stiftung an den Club of Rome, Gütersloh 1997; John A. Hall / Charles Lindholm: Is America Breaking Apart?, Princeton 2001.

<sup>3</sup> Wilhelm Heitmeyer: Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, Frankfurt/M. 1994, S. 45 f.

<sup>4</sup> Wilhelm Heitmeyer: Einleitung: Auf dem Weg in eine desintegrierte Gesellschaft, in: Ders. (Hg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktsellschaft, Bd. 1, Frankfurt/M. 1997, S. 9-26, 11 f.

<sup>5</sup> Ebd., S. 9.

<sup>6</sup> Ebd., S. 11.

Befürchtungen spielt die Metapher des »sozialen Bandes«, das zu zerreißen drohe.<sup>7</sup>

Folgt man dem systemtheoretischen Gesellschaftsbegriff, demzufolge soziale Systeme aus Kommunikationen bestehen, ist eine »Auflösung des Sozialen« von vornherein eine unsinnige Idee. Doch auch, wenn man unter »Gesellschaft« einen Handlungszusammenhang von Individuen versteht, ist ihr Zerfall schwer vorstellbar; zumindest gibt es historisch kein Beispiel dafür.<sup>8</sup> Man kennt Entwicklungen, die gegenüber dem gesellschaftlichen Wunschzustand als *unsozial* beziehungsweise *asozial* angesehen werden und von dem durch Robert D. Putnam beobachteten *Bowling alone* über karitativ desinteressierte Reichtumsanhäufung bis zu Fremdenfeindlichkeit und einem hohen Maß verschiedenster Kriminalitätsdelikte reichen können. Doch nicht einmal ein bürgerkriegserischer Staatszerfall, wie das ehemalige Jugoslawien ihn ausgangs des 20. Jahrhunderts erleben mußte, oder die afrikanischen Anarchien aus marodierenden jugendlichen Mörderbanden lassen sich sinnvollerweise als »Auflösung des Sozialen« verstehen, zeigen sich in ihnen doch in erster Linie pathologische Formen sozialer Gruppenbildungsprozesse.<sup>9</sup>

Gleichwohl verbindet die Furcht vor gesellschaftlicher Desintegration alle politischen Richtungen, so unterschiedlich ihre Bewältigungsstrategien für das Problem sozialer Kohäsion auch ausfallen. So macht, um aus der Fülle möglicher Beispiele nur einige besonders prominente und publikumswirksame Politikeräußerungen herauszugreifen, die Antwort auf die Frage, was hochproduktive Marktgesellschaften friedlich und demokratisch zusammenhält, laut Joschka Fischer »das Projekt der demokratischen Linken des Westens im Zeitalter des Globalismus aus«.<sup>10</sup> Dem politischen Konservatismus nahestehende Politiker und Theoretiker fragen sich gleichlautend, was die moderne Gesellschaft zusammenhält,<sup>11</sup> und sogar liberale Denker, denen das Thema *prima facie* am fernsten liegt, problematisieren das Risiko einer »Zerstörung des sozialen Zu-

---

<sup>7</sup> Vgl. aus der internationalen Literatur nur Robert A. Nisbet: *The Social Bond. An Introduction to the Study of Society*, New York 1970; Pietro Barcellona: *Le retour du lien social*, Paris 1992; Francis Farrugia: *La crise du lien social. Essai de sociologie critique*, Paris 1993; Michael Juffé: *Les fondements du lien social*, Paris 1995 sowie neustens die antiliberale Elegie von Elena Pulcini: *Das Individuum ohne Leidenschaften. Moderner Individualismus und Verlust des sozialen Bandes*, Berlin 2004.

<sup>8</sup> Jürgen Kaube: *Weltzement. Politische Soziologie*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. Dezember 2002, S. N 3, offenbar in Anspielung auf Jon Elster: *The Cement of Society. A Study of Social Order*, Cambridge etc. 1989.

<sup>9</sup> Vgl. Herfried Münkler: *Die neuen Kriege*, Reinbek bei Hamburg 2002, S. 36 ff.

<sup>10</sup> Joschka Fischer: *Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Eine politische Antwort auf die globale Revolution*, Köln 1998, S. 29 f.

<sup>11</sup> Erwin Teufel (Hg.): *Was hält die moderne Gesellschaft zusammen?*, Frankfurt/M. 1996.

sammenhalts«. <sup>12</sup> Die Größe der beschworenen Gefahr und die Allgemeinheit ihrer Ursachen werden dabei ebenso umfassend dramatisiert wie von den eingangs zitierten sozialwissenschaftlichen Diagnosen gesellschaftlicher Kohäsionskrisen. So vollzieht sich soziale Desintegration laut Joschka Fischer »durch eine wachsende Individualisierung der Lebensstile, durch ausschließliche Leistungsorientierung und Höchstproduktivität, durch neue Massenmedien und Kommunikationsformen, durch das Entstehen einer zweiten Realitätsebene, der »virtuellen Realität« des digitalen Cyberspace, und durch die Durchkommerzialisierung der gesamten Lebenswelt der Menschen in den westlichen Industriegesellschaften« - mithin durch nahezu alles, was das moderne Leben ausmacht. <sup>13</sup> In der EU gebe es folglich nur deshalb noch keine Gefahr eines neuen Faschismus in Gestalt eines völkisch radikalisierten, gewalttätigen Nationalismus, weil die westeuropäische »Sozialstaatsintegration« die Gesellschaft zusammenhalte und »die Spannungen im sozialen Konsens« integriere. <sup>14</sup> Angesichts dessen bedeute eine wirtschaftsliberale Revolution »nicht weniger, als den offenen Bürgerkrieg und das Ende der Demokratie in Kontinentaleuropa anzusteuern.« <sup>15</sup> Dementgegen müsse »die schichtenübergreifende Solidarität unter den Bedingungen der Globalisierung« aufrechterhalten und »zur Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrages« gemacht werden. <sup>16</sup>

Weniger dramatisierend und mit anderen politischen Intentionen, in der Problematisierung aber gleichlautend, hat auch Alt-Bundespräsident Roman Herzog betont, »im Zeitalter der Globalisierung« gewinne »die Frage, was das politische Gemeinwesen zusammenhält, noch eine zusätzliche Aktualität«, denn das Nachlassen der »traditionellen Bindekräfte der Gesellschaft« - »im persönlichen Umfeld die Familie, bei der Wertevermittlung die Kirchen, auf der Ebene des Staates die Glaubwürdigkeit der Institutionen« - sei »gefährlich«. <sup>17</sup> Die umgekehrte Rechnung macht der Wirtschaftswissenschaftler Guy Kirsch auf: »Nicht

---

<sup>12</sup> Ralf Dahrendorf: Weltmarkt und Sozialökonomie, in: Merkur, 51. Jg., 1997, H. 9/10, Nr. 582/583, S. 821-828, 825. Wenn sich Konservatismus, Sozialismus und Liberalismus in der Perzeption des sozialen Kernproblems solchermaßen annähern und dieses hochgradig abstrahieren, muß es nicht mehr verwundern, wenn auch die sozialen Gestaltungsideen sich annähern – oder ausbleiben. Neu ist die Desintegrationsfurcht dabei vor allem für die politische Linke, die noch vor einiger Zeit ganz entgegengesetzt ideologisierte, revolutionäre Aktion drohe von den »Kohäsionskräften der kapitalistischen Gesellschaft absorbiert zu werden« (Lelio Basso: Zur Theorie des politischen Konflikts, Frankfurt/M. 1969, S. 42), denn »die Integrationsmechanismen« funktionierten »zu gut, als daß dem Spätkapitalismus von seinen Opfern unmittelbare Gefahr drohte.« (ebd., S. 116 f.).

<sup>13</sup> Joschka Fischer, Für einen neuen Gesellschaftsvertrag, a.a.O., S. 29.

<sup>14</sup> Ebd., S. 91.

<sup>15</sup> Ebd., S. 92.

<sup>16</sup> Ebd., S. 171, 268.

<sup>17</sup> Roman Herzog: Das Recht als gemeinschaftsbildende Kraft im demokratischen Staat. Rede des Bundespräsidenten bei der 15. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft am 21. November 1997 in Bonn, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Bulletin 2001. Bulletin 1996-2000, CD-ROM-Version, Berlin 2002.

weil es an Moral und Anstand fehlt, zerfällt der gesellschaftliche Zusammenhalt; im Gegenteil: Weil und in dem Maße, wie sich dieser lockert, verlieren die Regeln von Moral und Anstand ihre verhaltenslenkende Kraft.«<sup>18</sup>

Eine ähnliche Bedrohungsperzeption führt auch den ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten und heutigen Bundesumweltminister zu der Forderung nach einem »neuen Aufbruch für Gemeinsinn«. Gabriel zufolge lebt eine demokratische Gesellschaft »nicht vom Börsenkapital, sondern von ihrem sozialen Kapital«, das jene »Bindekräfte« ausmache, »die wir in einer sich immer schneller drehenden Welt brauchen, damit die Zentrifugalkräfte unser Gemeinwesen nicht zerreißen«.<sup>19</sup> Mit demselben Tenor beantwortet der damalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident und heutige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück die Frage, wofür Sozialdemokraten noch stehen, mit dem »Ringeln um soziale Gerechtigkeit«, das »nichts an Aktualität verloren« habe, da sich »in einer höchst ausdifferenzierten und vielfältigen Gesellschaft« das Problem stelle, »den sozialen Kitt für das Zusammenleben der Menschen« zu »erhalten und schaffen«.<sup>20</sup>

Und wiewohl in gegensätzlicher Absicht, problematisiert auch Gabriels Nachfolger im Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten, Christian Wulff, den staatsbürgerlichen Gemeinsinn, indem er betont, »die Schwierigkeiten, den Umfang der notwendigen staatlichen Leistungen festzulegen«, entstünden dadurch, »daß deren Inanspruchnahme Regeln unterliegt, deren Einhaltung vom Bürger Solidarität und Gemeinsinn fordert, also den Willen, in das persönliche Verhalten auch das allgemeine Interesse einzubeziehen.« Dementgegen neige jedoch »der allzuständige Staat der Daseinsvorsorge« dazu, »die Bürger zu umhegen [...], das Eigeninteresse zu verengen und den Gemeinsinn entbehrlich zu machen.«<sup>21</sup>

Weitet man den Blick auf die internationale Bühne aus, so finden sich nicht nur zahlreiche weitere Fälle der rhetorischen Beanspruchung »sozialer Kohäsion«, etwa bei Bill Clinton,<sup>22</sup> sondern sogar regelrechte politische Implementationsversuche, jüngst in Gestalt des von dem französischen Arbeits- und Sozialminister Jean-Louis Borloo vorgelegten »plan de cohésion sociale«, mit dem

---

<sup>18</sup> Guy Kirsch: Die Kosten der Unmoral. Eine Gesellschaftsordnung wie die Marktwirtschaft steht und fällt mit ihrer Akzeptanz durch die Menschen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Oktober 2002, S. 13.

<sup>19</sup> Sigmar Gabriel: Die Wehrpflicht muss bleiben, der Zivildienst erweitert werden, in: Die Zeit, 24.07.2003, S. 6.

<sup>20</sup> »Das Gejammere über die hohen Steuern ist schrill.« Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Peer Steinbrück attackiert die Leistungsträger und liebäugelt noch immer mit der Vermögenssteuer, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15. Dezember 2002, S. 33.

<sup>21</sup> Christian Wulff: Der Pate Staat. Gegensteuern statt neuer Steuern: Eine Erwiderung auf Arnulf Baring, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Dezember 2002, S. 39.

<sup>22</sup> Vgl. President Clinton's Remarks on Social Security – 1993-1998, <http://www.ssa.gov/history/clntstmts.html> [Zugriff: 02.07.2004].